



Olten: Musik mit Röhren, Golfbällen und Flaschen

Die bayerische Trashband Yellow Hands spielte auf ihren eigenartigen Instrumenten Songs von Rock bis Klassik. Dem Publikum gefiels. **Seite 22**

Wisen: Ein klares Ja zum Fusionsvorvertrag

Nicht eine einzige Gegenstimme fand sich an der Wisener Gemeindeversammlung zum Fusionsvorvertrag. Vier Stimmberechtigte enthielten sich. **Seite 24**

Oberbuchsitzen: Gemeinde zückte den Rotstift

Mit einem Defizit von fast einer halben Million schliesst wohl das Budget 2010 der Gemeinde Oberbuchsitzen. Ausgaben wurden, wo immer möglich, gekürzt. **Seite 28**

Krise: Regierung unter Druck

Tripartite Kommission stellt teilweise überraschende Forderungen zur Krisenbewältigung

Zinslose Darlehen an Firmen, Weiterbeschäftigung der Lehrabgänger während zweier Jahre: Die kantonale tripartite Kommission, das breit abgestützte Beratungsgremium der Regierung, will unter anderem damit die Folgen der Wirtschaftskrise im Kanton Solothurn mildern.

FRANZ SCHAIBLE

Jetzt kommt die Solothurner Regierung unter Zugzwang. Die Gewerkschaften warfen der Kantonsregierung monatelang Untätigkeit bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise im Kanton Solothurn vor. Jetzt erhalten sie Schützenhilfe von eher unerwarteter Seite. Die Kommission der kantonalen Arbeitsmarktpolitik (KAP) sieht nämlich auch Handlungsbedarf und unterbreitet dem Regierungsrat ein Paket von entsprechenden Forderungen. Pikant ist, dass es sich dabei allesamt um Vorschläge aus der Küche des Gewerkschaftsbundes des Kantons Solothurn handelt.

Vier konkrete Forderungen

Die KAP hat nämlich an ihrer letzten Sitzung deren zehn Vorschläge zu konjunkturstützenden Massnahmen beraten, wie die Kommission gestern mitteilte. «Vier davon wird sie dem Regierungsrat mit der Bitte unterbreiten, entsprechende Massnahmen zu ergreifen.» Der Forderungskatalog hat einiges an Gewicht, ist die KAP doch breit mit Vertretern von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Kanton abgestützt (siehe Kasten). Die vier Massnahmen:

Die KAP fordert den Kanton auf, «seine» Lehrabgänger während zweier Jahre weiter zu beschäftigen. Damit sollen die Einstiegschancen für Jugendliche gefördert werden. Dies soll aber nicht nur für die kantonalen Ämter gelten. Vielmehr soll der Kanton ein Anreizsystem (durch Einarbeitungszuschüsse oder Praktika) für die Privatwirtschaft schaffen, damit diese ihre Lehrabgänger ebenfalls über das Lehrende hinaus weiter beschäftigen.

Für innovative Projekte, für Investitionen zum Erhalt von Arbeitsplätzen und für ökologische Umbauprojekte soll der Kanton zinslose Darlehen in der Höhe von 20 Millionen Franken an Unternehmen zur Verfügung stellen. Das mache die Wirtschaftsförderung zwar schon heute, aber neu sei die Nennung einer konkreten Summe, sagt KAP-Präsident Jonas Motschi.



KEINE LEERE NACH DER LEHRE Die kantonale Verwaltung soll Lehrabgänger während zweier Jahre weiterbeschäftigen. HANSPETER BÄRTSCHI

Der Kanton soll die Sanierung öffentlicher Bauten vorziehen. Bei vielen Liegenschaften bestehe, insbesondere im energietechnischen Bereich, ein dringender Sanierungsbedarf.

Schliesslich soll die Kantonsregierung bei einer erhöhten Arbeitslosigkeit von über 5 Prozent beim Bund die Ausdehnung der Bezugsdauer von bisher 400 auf 520 Tage beantragen.

Letztlich entscheidet der Regierungsrat

KAP-Präsident Motschi, er ist zugleich Chef des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit, beurteilt die Forderungen als «sinnvolles Paket». Die Vorschläge seien zwar nicht revolutionär, aber «sie sind realistisch und umsetzbar». Letztlich werde aber nun der Regierungsrat darüber entscheiden. «Die KAP erwartet eine regierungsrätliche Antwort.»

Markus Baumann, Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Solothurn und Mitglied der Kommission, zeigt sich

teilweise zufrieden. «Die Forderungen der tripartiten Kommission an den Regierungsrat sind ein erster positiver Ansatz, gehen jedoch zu wenig weit», schreibt der Gewerkschaftsbund und die SP des Kantons Solothurn in einem gemeinsamen Communiqué. Es sei bedauerlich, dass weitere wichtige und notwendige Massnahmen wie etwa das Entrichten von Alterssparbeiträgen für ältere Arbeitslose oder die Schaffung von Transferorganisationen keine Unterstützung gefunden hätten.

«Gute Überzeugungsarbeit»

Dass die KAP vier von zehn Vorschlägen der Gewerkschaften weiterverfolgen will, sei «auf gute Überzeugungsarbeit und guter Argumentation seitens der Arbeitnehmervertreter zurückzuführen», begründet Baumann den «Erfolg». Sowohl Gewerkschaftsbund wie SP fordern den Regierungsrat auf, nun den «Weg hin zu einer aktiveren Arbeitsmarktpolitik konsequent zu verfolgen.»

TRIPARTITE KOMMISSION

Die Kommission der kantonalen Arbeitsmarktpolitik (KAP) setzt sich tripartit aus je drei Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie der öffentlichen Hand zusammen. Sie wird vom Regierungsrat gewählt. Zu ihren Kernaufgaben gehören die Beobachtung des Konjunkturverlaufs sowie die Erarbeitung von Massnahmen zur Stärkung der Wirtschaft. Die Mitglieder der KAP sind arbeitgeberseitig Andreas Gasche (Gewerbeverband), Peter Brügger (Bauernverband) und Pierre-André Gunzinger (Handelskammer) sowie arbeitnehmerseitig Markus Baumann (Präsident Gewerkschaftsbund), Claudio Marrari (Unia) und Zabedin Iseini (Syna). Kantonsvertreter sind AWA-Chef Jonas Motschi (KAP-Präsident), Rudolf Tschachtli (Chef Amt für öffentliche Sicherheit) und Kurt Boner (Verband Solothurner Einwohnergemeinden). (FS)

An zwei weiteren Sonntagen einkaufen

Solothurner Regierung schlägt dem Parlament eine zusätzliche Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten vor

Zu den zwei bisherigen bewilligungsfreien Sonntagsverkäufen in der Adventszeit sollen zwei saisonale hinzukommen. Eine Ladenöffnung an den kantonalen Feiertagen will der Regierungsrat aber nicht zulassen.

STEFAN FRECH

Die Vorlage der Kantonsregierung erntete in der Vernehmlassung viel Kritik (wir berichteten) und wird auch im Kantonsrat einig zu reden geben: Vier bewilligungsfreie Sonntagsverkäufe in den Verkaufsgeschäften soll es künftig im Kanton Solothurn geben, zwei zur Adventszeit – wie seit 1996 – und neu zwei zusätzliche unter dem Jahr, die dem Saisonverkauf dienen. Damit setzt sich die Regierung in ihrem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Ge-

werbe und Handel über die Einwände der Gewerkschaften und der SP hinweg. Sie hatten sich in der Vernehmlassung vehement gegen die zwei zusätzlichen Saisonsonntagsverkäufe ausgesprochen: Bereits die bestehenden Adventsverkäufe würden einen starken Einschnitt ins Privatleben der Arbeitnehmenden im Detailhandel bedeuten.

Die Daten würden ausgehandelt

Die Regierung will nun aber die zwei Saisonsonntagsverkäufe im Gesetz verankern. Wann diese stattfinden, soll den Sozialpartnern überlassen werden. Konkret: Der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband (KGV) und der Gewerkschaftsbund Solothurn (GbS) erhalten ein Vorschlagrecht. Sie «können die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Branchen und Regionen am besten eruieren», so der

Regierungsrat. Die Sozialpartner müssen die Daten jeweils zwei Jahre im Voraus festlegen und vor Jahresbeginn im Amtsblatt publizieren. Auf regionale Bedürfnisse kann laut Gesetz Rücksicht genommen werden. Doch laut dem Geschäftsführer des kantonalen Gewerbeverbands, Andreas Gasche, sollten zwei für den ganzen Kanton geltende Daten angestrebt werden. «Wir warten nun die Parlamentsdebatte ab und werden dann mit den verschiedenen Gewerbegruppen Gespräche führen.» Für den Präsidenten des Gewerkschaftsbunds, Markus Baumann, kommen die zwei zusätzlichen Sonntagsverkäufe nicht in Frage: «Wir werden das Referendum ergreifen, falls der Kantonsrat Ja sagt.»

Weiterhin geschlossen an Feiertagen

Mit den zwei zusätzlichen Sonntagsverkäufen kommt die Regierung ei-

ner Forderung des Gewerbes entgegen. In einem anderen Punkt konnte sich der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband jedoch nicht durchsetzen: Er wollte «endlich den alten Zopf mit den kantonalen Sonderfeiertagen abschneiden». So ist den Läden im Kanton Solothurn untersagt, an Fronleichnam, Mariä Himmelfahrt und Allerheiligen zu öffnen – ausgenommen sind die Geschäfte im Bezirk Bucheggberg.

Diese Bestimmung verursache dem Grossteil des solothurnischen Gewerbes im Vergleich zu den Nachbarkantonen «einen nicht zu unterschätzenden Wettbewerbsnachteil», findet der Gewerbeverband. Der Regierungsrat will die geltende Feiertagsregelung aber nicht ändern. Sie sei historisch gewachsen. «Zudem haben sich diese Feiertage bewährt, sind im ganzen Kantonsgebiet bekannt und werden respektiert.»

Nachrichten

Subingen Tankstellenautomat aufgebrochen

Am Montag um 22.40 Uhr wurde der Kantonspolizei Solothurn gemeldet, dass jemand versuche, den Tankstellenbedienautomaten bei der Landi-Tankstelle an der Gewerbestrasse in Subingen aufzubrechen. Wie sich später herausstellte, misslang das Vorhaben und die Täterschaft flüchtete ohne Beute. Die Kantonspolizei Solothurn in Dendingen sucht Zeugen. (PKS)

Selzach Velo durch einen PW beschädigt

Wie der Kantonspolizei Solothurn erst nachträglich gemeldet wurde, war am Samstag um 19.10 Uhr ein 16-Jähriger auf der Schulhausstrasse in Selzach unterwegs und schob auf dem Trottoir sein Fahrrad vor sich her. Im Bereich der Raiffeisenbank kam ihm ein Bekannter in einem Personewagen entgegen und hielt an. Um mit diesem kurz das Gespräch zu suchen, deponierte der Jugendliche sein Velo auf dem Boden des Trottoirs und begab sich auf die andere Strassenseite. Später näherte sich ein weisses Auto, welches kurz abgebremst haben soll. Als dieser PW wieder anfuhr, touchierte er mit seinen rechten Rädern das am Boden liegende Zweirad, welches seinerseits an das weisse Fahrzeug geschlagen und dabei stark beschädigt wurde. Der Lenker des weissen Fahrzeuges fuhr ohne sich um den Sachschaden zu kümmern weiter. Die Kantonspolizei Solothurn in Grenchen sucht Zeugen. (PKS)

SVP Dorneck-Thierstein Erneuerter Vorstand

An der ordentlichen Parteiversammlung der SVP Amtei Dorneck-Thierstein in Nunningen wurde der Vorstand fast komplett neu besetzt. Beat Balzli (Gempen) amtet neu als Präsident, die beiden neuen Vizepräsidenten heissen Peter M. Linz (ebenso als Sekretär, Büsserach) und Robert Dreier (Mariastein). Die übrigen Mitglieder im Präsidium der Amteipartei sind Beat Ehrsam (bisher, Dornach), Jacqueline Ehrsam (Kassierin, Gempen), Thomas Dengler (bisher, Nuglar), Christian Imark (bisher, Fehren) und Jens Schindelholz (Beirat, Metzerlen). (MGT)

Grenchen Rechnungsruf im Fall Dubey

Bis am Montag hatten Gläubiger oder Schuldner der drei ermordeten Mitglieder der Familie Dubey aus Grenchen die Möglichkeit, ihre Forderungen im Rahmen des Verfahrens «öffentliches Inventar mit Rechnungsruf» abzugeben. Diese liegen für die Beteiligten bis 24. Dezember bei der Amtschreiberei-Filiale Grenchen-Bettlach auf. «Dieses Prozedere wird häufig von den Erben gewählt, wenn die finanziellen Verhältnisse der Verstorbenen unklar sind», erklärt ein Mitarbeiter der Amtschreiberei. (UBY)